

Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth vom 7. bis 9. Januar 2014

BREITBANDVERSORGUNG DER ZUKUNFT: FLÄCHENDECKEND, LEISTUNGSFÄHIG UND SICHER

08.01.2014

Das Internet und damit verbundene digitale Technologien sind Treiber für Wachstum und Beschäftigung in unserem Land. Ziel muss es sein, Deutschland zum führenden digitalen Standort in Europa auszubauen. Jedes Unternehmen und jeder Haushalt – unabhängig ob in ländlichen Regionen oder in städtischen Ballungsgebieten – muss die Möglichkeit erhalten, ein leistungsfähiges Internet nutzen zu können. Dies ist für uns eine Frage der Chancengerechtigkeit und gesellschaftlichen Teilhabe. Wir wollen, dass bis zum Jahr 2018 in Deutschland eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 MBit/s vorliegt. Wir können dies nur über einen breiten Mix verschiedener Technologien erreichen (u. a. DSL, Glasfaser, Kabelnetze, LTE und Satellit). Zukünftiger Wohlstand wird maßgeblich vom Grad der Digitalisierung abhängig sein. Europa muss sich selbst wieder in die Lage versetzen, eine Technologieführerschaft in der digitalen Welt zu erlangen. Uns muss ein Technologiesprung gelingen, der uns technologischen Rückstand zu China und den USA aufholen lässt. Es geht darum, das Wissen und die Finanzkraft europäischer Unternehmen zu bündeln, um unsere digitalen Fähigkeiten zu verbessern. Wir brauchen dazu ein gemeinsames Projekt von Politik und Wirtschaft.

Flächendeckende und leistungsfähige Breitbandversorgung sicherstellen

[Investitionssicherheit für Netzbetreiber weiter erhöhen](#)

Mit der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes (TKG) im Jahr 2012 haben wir bereits wichtige Voraussetzungen für einen beschleunigten und kostengünstigen Breitbandausbau (z. B. für Micro-Trenching sowie die Mitnutzung von staatlicher und privater Infrastruktur) geschaffen. Die CSU-Landesgruppe fordert, dass die neu geschaffenen Möglichkeiten im Jahr 2015 auf ihre Wirksamkeit hin evaluiert werden und gegebenenfalls notwendige rechtliche Anpassungen erfolgen.

Wir wollen zudem mehr Investitionssicherheit für Netzbetreiber im ländlichen Raum schaffen. Hierfür müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen für längerfristige Verträge verändert werden, um Vertragslaufzeiten von bis zu vier Jahren mit Nutzern zu ermöglichen.

Die Regulierung der Telekommunikationsmärkte auf nationaler Ebene muss noch besser darauf ausgerichtet werden, Investitionen in den Breitbandausbau im ländlichen Raum zu fördern. Deshalb fordern wir, dass Marktanalyse, die die Bundesnetzagentur ihren Regulierungsentscheidungen zugrundelegt, zukünftig regionalisiert und nicht – wie bislang – bundesweit zu erfolgen haben. Wir wollen eine investitionsorientierte Regulierung und im erforderlichen Umfang Pioniergewinne zulassen.

Breitbandausbau finanziell breit aufstellen

Der Breitbandausbau und seine Finanzierung liegen vorrangig in der Verantwortung der Wirtschaft. Dort, wo ausreichende Marktösungen für den jeweiligen Bedarf nicht zustande kommen, wird der Breitbandausbau durch Förderprogramme von Bund und Ländern flankiert. Die Bayerische Staatsregierung geht bei der Breitbandförderung mit gutem Beispiel voran. Bis 2018 will sie bis zu einer Milliarde Euro für den Breitbandausbau zur Verfügung stellen.

Die CSU-Landesgruppe setzt sich dafür ein, dass Erlöse aus der anstehenden Frequenzvergabe im Jahr 2016 (Digitale Dividende II) zweckgebunden in den Breitbandausbau für den ländlichen Raum fließen, um so den bundespolitischen Spielraum zu stärken.

Selbstverständlich müssen privatwirtschaftliche Investitionen unterstützt und nicht durch bürokratische Hindernisse gehemmt werden. Wir wollen, dass der Bund mit einem entsprechenden Bürgschaftsprogramm Hilfestellung gibt. Der Fremdkapitalanteil von geeigneten Investitionen ist mit einer Ausfallbürgschaft bei der KfW zu unterlegen. Die Gewährung einer Bürgschaft muss an die Voraussetzung geknüpft sein, dass sich ein Investor verpflichtet, ein bestimmtes Gebiet mit Hochgeschwindigkeitsbreitband zu erschließen.

Den LTE-Ausbau voranbringen

Die CSU-Landesgruppe unterstützt den Ausbau der LTE-Technologie. Sie ist ein wichtiger Ansatz, um die Breitbandversorgung in der Fläche kurzfristig zu sichern. Langfristig soll sie kabelbasierte Lösungen nicht ersetzen, sondern ergänzen.

Wir haben 2009 festgelegt, dass der Ausbau der LTE-Technologie zunächst in unterversorgten Gebieten erfolgen soll, bevor die Telekommunikationsanbieter die Technologie in besser versorgten Regionen und Städten anbieten dürfen. Dies war eine wichtige Auflage. Durch die Berechnung des Gesamtversorgungsgrades je Bundesland und nicht anhand einzelner Regionen bzw. Landkreise verbleiben weiterhin unversorgte Gebiete.

Aus Sicht der CSU-Landesgruppe müssen die Ausbau-Vorgaben im Rahmen der anstehenden Frequenzvergabe im Jahr 2016 dahingehend geändert werden, dass nicht mehr der Versorgungsgrad eines ganzen Bundeslandes betrachtet wird, sondern kleinerer Gebietseinheiten. Zudem sollen die frei werdenden Frequenzen im Einvernehmen mit den Ländern vorrangig für die Breitbandversorgung im ländlichen Raum bereitgestellt werden.

Technologieoffenheit gewährleisten

Für die CSU-Landesgruppe steht fest, dass beim Ausbau der Breitbandversorgung keine Technologie gegenüber einer anderen bevorzugt werden darf. Es obliegt dem Wettbewerb zu ermitteln, welche Technologie zur Bereitstellung einer leistungsfähigen Breitbandversorgung dauerhaft geeignet und angesichts ständig wachsender Anforderungen an die Kapazität der Leitungen tatsächlich zukunftsfähig ist.

Verbraucherrechte stärken

Einschränkungen für den Wettbewerb im Telekommunikationsmarkt ergeben sich oftmals dadurch, dass bestehende Verbraucherverträge stillschweigend ohne eine Änderung des Vertragsinhalts verlängert werden. Die CSU-Landesgruppe fordert, dass die Verbraucher in solchen Fallkonstellationen ein Sonderkündigungsrecht erhalten.

Darüber hinaus sind gesetzliche Maßnahmen zu prüfen, die sicherstellen, dass Provider die vertraglich vereinbarten Leistungen auch tatsächlich einhalten. Wer eine „Flatrate“ anbietet, muss diese auch ohne Einschränkungen sicherstellen.

Zudem dürfen inhaltliche Angebote und Partnerangebote nicht durch höhere Datenvolumina oder schnellere Übertragungsgeschwindigkeiten im Wettbewerb bevorzugt werden. Dies gebietet bereits der Grundsatz der Netzneutralität.

Sicherheit unserer Daten erhöhen

Konsequenzen aus der NSA ziehen

Die Erkenntnisse über die Aktivitäten von amerikanischen und britischen Geheimdiensten haben gezeigt, dass eine funktionierende parlamentarische und justizielle Kontrolle von staatlicher Gewalt unabdingbar für die Sicherung der Freiheit des Einzelnen ist.

Die CSU-Landesgruppe fordert daher eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten in der Europäischen Union, aber auch mit den USA. Die bestehenden Kontrollmechanismen müssen kurzfristig verbessert werden. Ziel muss es sein, eine neue demokratische Wertegemeinschaft für Freiheit und Sicherheit zu etablieren.

Kompetenzen in der Systemtechnik sichern

Die Sicherheit und Qualität von IT-Produkten und entsprechender Software ist von herausragender Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Aus Sicht der CSU-Landesgruppe müssen die notwendigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass Entwicklungs- und Fertigungskompetenzen in Deutschland und Europa aufgebaut und so Abhängigkeiten von Drittstaaten vermieden werden können.

Schutz kritischer Infrastrukturen sicherstellen

Unsere Kommunikationsinfrastruktur ist elementar für Wohlstand und Fortschritt in Deutschland. Die täglichen Angriffe auf einzelne Bestandteile dieser Kommunikationsinfrastruktur und auf Unternehmen zeigen zugleich ihre Verletzlichkeit. Wir müssen sie daher nicht nur sicherer und robuster gegen Angriffe machen, sondern auch alle Nutzer darüber informieren, wenn sie selbst Opfer oder unbewusst Teil eines Angriffs sind.

Die CSU-Landesgruppe fordert, entsprechende Meldepflichten für Telekommunikationsanbieter und Betreiber kritischer Infrastrukturen gesetzlich zu verankern. Mit Hilfe eines IT-Sicherheitsgesetzes sollten branchenbezogene Sicherheits- und Verschlüsselungsstandards erarbeitet und umgesetzt werden. Nutzer müssen von ihren Telekommunikationsanbietern darauf hingewiesen werden, falls sie Opfer eines Angriffs bzw. Bestandteil eines Angriffs – beispielsweise als Teil eines illegalen, automatisierten Zusammenschlusses von Tausenden von Computern (Bot-Netz) – sind.

Datenschutz und Datensicherheit fördern

Wer digitale Technologien nutzt, hinterlässt Spuren. Eine kompetente und datensparsame Nutzung des Internet gewinnt daher immer mehr an Bedeutung.

Die CSU-Landesgruppe will die Medienkompetenz und die Eigenverantwortung der Nutzer weiter stärken. Darüber hinaus werden wir bestehende Sicherheitstechnologien wie De-Mail und den neuen Personalausweis stärker im Alltag integrieren und für Anbieter und Nutzer attraktiver machen. Des Weiteren führen wir die kooperative Forschung von Wissenschaft, Wirtschaft und Anwendern fort, um die Entstehung von neuen Sicherheitstechnologien zum besseren Schutz von personenbezogenen Daten zu unterstützen.